



TREND

Zeitung des Berliner AfD-Abgeordneten Andreas Wild MdA



Inhalt

Seite 2–4

Editorial

**Haushalt 2020:
Wohin fließt unser Geld?**

Seite 5

Demokratie à la Thüringen

Parlament der Tausend?

Seite 6

**FRAGJANUR vs.
Jörg Thadeusz**

Seite 7

**Florian Homm vs.
George Soros**

Seite 8

**Leseempfehlung:
Schabowskis Zettel**

**Energiesparen mit
Hans-Werner Sinn**

Haushalt 2020

Wohin fließt unser Geld?

Verehrter Leser,
zwei Wellen rollen auf das Abendland und dessen bequemstes Plätzchen, Deutschland, zu. Corona und Migranten. Gleichzeitig kühlt sich die Wirtschaft stetig ab. Während in Berlin aus Angst vor der Pandemie die ITB abgeblasen wird, kutschiert das Erdogan-Regime ungeliebte Migranten Richtung griechischer Grenze. Ein Durchbrechen der Men-

schenmassen ist eher eine Frage von Stunden denn von Tagen. Migranten werden in Begleitung des Virus zu einer neuartigen Art von Migrationswaffe. Man darf gespannt sein, wie der angeblich so gut gerüstete Staat, der spätestens seit 2015 durch sein Nichtstun glänzt, reagiert. Den Schutz des Staates brauchen seine Bürger kaum noch zu erwarten.



Ihr Andreas Wild

Haushalt 2020 – Wohin fließt unser Geld?

Zu Brexit, EU-Finanzierung, Demokratiedefiziten der EU und deutschen Finanzbeiträgen

Von Dr. Birgit Malsack-Winkelmann MdB, Mitglied der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Was macht ein Haushalt oder eine Familie, wenn das Geld knapp wird? Wenn beide vernünftig sind, reduzieren sie zunächst einmal ihre Ausgaben.

Dauerhaft auf Kredit oder Pump zu leben, funktioniert nicht. Denn irgendwann einmal sperrt die Bank die Konten, man bekommt vielleicht sogar einen Eintrag in die SCHUFA. So sieht die „reale“ Welt aus. Bei der EU ist das anders. Weniger Einnahmen? Beitragszahler – wie die Briten – ergreifen die Flucht? Kein Problem, man erhöht einfach die Finanzbeiträge der verbliebenen EU-Mitglieder.

Deutschland zahlte 2018 als Grundbeitrag an die EU 25,27 Mrd. Euro, das entspricht ca. 0,9 % des BIP. Hinzu kommen noch die zusätzlichen Milliarden, die Deutschland ausweislich der Einzelpläne des Gesamthaushalts an die EU zahlte. Diese wurden in den EU-Haushaltsberatungen zusätzlich verabschiedet.

Anlässlich des Austritts Großbritanniens erinnern wir uns daran, dass unter Margaret Thatcher 1984 der

sogenannte „Brittenrabatt“ in der EU ausgehandelt wurde. Der Rabatt beträgt 66 Prozent des Nettobeitrags. Es gibt aber nicht nur diesen „Rabatt“ innerhalb der EU. Die allgemeine EU-Regelung ist vielmehr, dass jedes EU-Land mehr als 50 % des Geldes zurückerhält, das es eingezahlt hat. Dementsprechend meldet jedes EU-Mitglied stets seine Ansprüche an und erhält sodann Rückzahlungen. Und was erhält Deutschland? Jedenfalls nicht wie die anderen EU-Mitgliedsstaaten über 50 % der Einzahlungen.

Wird Deutschland bereitwillig das Geforderte zahlen?

Durch den Brexit fehlen demnach nicht nur die ca. 10-12 Milliarden Euro, die Großbritannien bislang stets als Mitgliedsbeitrag jährlich gezahlt hat. Darüber hinaus erhält dasjenige Land, das den britischen Anteil nahezu vollständig übernimmt – also Deutschland – für diesen übernommenen Anteil weder den sogenannten „Brittenrabatt“, noch macht Deutschland eine Rückzahlung von über 50 % seiner diesbezüglichen Einzahlungen geltend

– jedenfalls ist nicht ersichtlich, daß Deutschland von seiner bislang stets geübten Praxis abweicht.

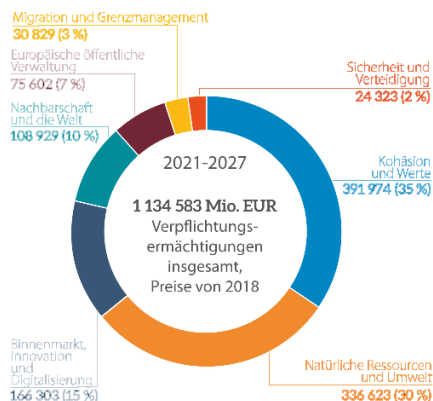
Nach dem Brexit hält die EU jetzt nicht mehr an ihren anfänglichen Plänen fest, ihren Haushalt zu verkleinern. Im Gegenteil, er soll sogar noch ausgeweitet werden.

Und dabei macht die EU wegen der von Deutschland für Großbritannien übernommenen Zahlungen – wie dargelegt – obendrein noch ein Geschäft. Dementsprechend weitet die EU ihren Aufgabenbereich sogar noch aus. So will die EU-Kommission den Beitragssatz für den Mehrjährigen Finanz-Rahmen (MFR) von 2021-2027 allgemein von bisher ca. 0,9 % des BIP auf 1,1 % erhöhen. Der Vorschlag der EU-Kommission für den MFR entspricht 1,13 Billionen Euro. Das sind 162 Milliarden Euro pro Jahr.

Fraglich ist jedoch, ob die EU ihre diesbezüglichen Vorstellungen durchsetzen kann.

Denn die Nettozahler Österreich, Schweden, Dänemark, die Niederlande und auch Deutschland zeigen bislang wenig Neigung, der EU mit einem erhöhten Beitragssatz zu folgen. Sie wollen die Überweisungen nach Brüssel auf genau 1 % ihres





Der mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 der EU umfaßt mehr als 1 Billion Euro

BIP begrenzen.

Hingegen forderten 17 EU-Mitgliedsstaaten, hauptsächlich die Freunde der „Kohäsionspolitik“, also diejenigen Mitgliedsstaaten, die im wesentlichen die Netto-Empfängerländer sind, anfänglich bis zu 1,3 % der Wirtschaftsleistung eines Mitgliedsstaates als Beitrag.

Um es an einem Beispiel zu veranschaulichen: Der Unterschied zwischen 1,069 und 1,3 % des BIP aller Mitgliedsstaaten entspricht mehr als 200 Milliarden Euro. Es geht um sehr viel Geld.

Die Finanzierungslücke im Haushalt beträgt 120 Mrd. Euro. In den Jahren ab 2021 fehlen rechnerisch im EU-Haushalt bis zu 14 Milliarden Euro pro Jahr bis 2027.

Wer soll das alles bezahlen? Deutschland?

Was ist, wenn sich die deutsche Wirtschaftskraft abschwächt?

Was, wenn die Niederländer austreten wollen ... oder die Österreicher – in Österreich wurde bereits über eine Volksabstimmung hinsichtlich des EU-Austritts diskutiert. Die Dänen haben ohnehin auf die Einführung des Euros verzichtet und behalten lieber ihre Krone. Sie sind also besonders kritisch. Wer daher die EU erhalten will, muß sie reformieren. Und sollte sich mit Österreich, Schweden, Dänemark, den

Niederlanden und selbstverständlich auch Deutschland solidarisch zeigen!

Der frühere deutsche EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger meinte, dass 1 % der Wirtschaftsleistung „schlichtweg zu wenig“ sei, um die Brexit-Lücke zu schließen und Zukunftsaufgaben wie Klimafragen zu bewältigen.

Da jedes Land beim Haushalt der EU ein Vetorecht hat, ist davon auszugehen, daß Spanien und Frankreich weiterhin ihre Agrarhilfen und Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien ihre Strukturhilfen erhalten. Werden sich auch Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande damit durchsetzen, nur geringe Mehrausgaben zu leisten? Wird Deutschland – wie in der Vergangenheit oftmals – bereitwillig

One man, one vote?

das Geforderte zahlen?

Wir stellen in diesem Zusammenhang fest, daß es bekanntlich ein Demokratiedefizit in der EU gibt. Denn nur die EU-Kommission hat das Recht zur Gesetzesinitiative, und nicht, wie bei der strikten Durchführung des Gewaltenteilungsprinzips üblich, das EU-Parlament.

Das Recht zur Gesetzesinitiative steht bei Beachtung des Gewaltenteilungsprinzips immer dem Parlament als Gesetzgebungsorgan zu.

Bei der EU hingegen steht das Recht zur Gesetzesinitiative ausschließlich der EU-Kommission zu. Hierbei entspricht die EU-Kommission der Exekutive, also der „Regierung“.

Hieraus folgt vor allem deshalb ein Demokratiedefizit, weil die einzelnen Kommissare eben nicht von den EU-Wählern direkt gewählt, sondern von den Regierungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bestimmt werden.

Das Europäische Parlament wird im Rahmen des Brexits durch den

Auszug der britischen Abgeordneten kleiner. Statt 751 Abgeordneten gibt es jetzt nur noch 705 Abgeordnete. Aber nur ein Teil der vakanten Sitze wird auch neu besetzt. Nach einem Beschluß des Europäischen Rates erhalten 14 Länder insgesamt 27 Sitze. Am stärksten profitieren Frankreich und Spanien. Beide Länder stellen in Zukunft jeweils fünf Abgeordnete mehr. Die Anzahl der deutschen Abgeordneten bleibt hingegen gleich, da sie bereits über die maximal vorgesehene Zahl von 96 Sitzen verfügt. Das Demokratieprinzip ist auch hier verletzt. Denn hier gilt nicht das Prinzip „one man, one vote“ – auf Deutsch „ein Wähler, eine Stimme“ –, denn in der EU benötigt Deutschland, um einen Sitz im EU-Parlament zu erhalten, 830.000 Stimmen, bei Malta und Zypern reichen hingegen schon jeweils 82.000 und 130.000 Stimmen.

Das demokratische Prinzip „one man, one vote“ wird durch den Austritt Großbritanniens zu Lasten Deutschlands noch stärker beeinträchtigt. Denn der Sitzausgleich im EU-Parlament erfolgt ausschließlich bei Mitgliedsstaaten, die noch keine 96 Sitze haben. Folglich ist Deutschland, obgleich es durch den Brexit verhältnismäßig die größten finanzi-



Das EU-Parlament darf keine Gesetze vorschlagen, sondern kann nur abnicken oder ablehnen, was die EU-Kommission vorschlägt



„Der Turmbau zu Babel“ von Pieter Bruegel dem Älteren

ellen Lasten erhält, unter demokratischen Gesichtspunkten anteilmäßig noch weniger im EU-Parlament ver-



Große Pläne auch bei der Europäischen Union

treten als vor dem Brexit – und hat durch die neue Sitzverteilung nach dem Brexit anteilmäßig auch ein

geringeres Stimmengewicht im Vergleich zu den anderen, verbliebenen Mitgliedsstaaten.

Gibt es womöglich Raum für demokratische Reformen im Rahmen des Austritts Großbritanniens?

Unter Berücksichtigung des Demokratieprinzips wäre es geboten, die Gelegenheit zu nutzen, Schief lagen und Verzerrungen zu korrigieren. Aber was macht die deutsche Regierung? Sie hüllt sich in Schweigen und läßt gewähren. Gerade unter Nachbarn und befreundeten Nationen sollte das Demokratieprinzip strikt durchgeführt werden.

Die EU gewährt langfristige Stundungen

Nehmen wir das Beispiel der Finanzhilfen an EU-Mitgliedsstaaten. Im Rahmen der Europa-Dokumentation des Deutschen Bundestages lesen wir über die Rückzahlungspläne der geleisteten Finanzhilfen an die ehemaligen Programmländer Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Zypern sowie die Berechnung der Dauer der Nachprogramm-Überwachung. Seit dem 21.8.2018 und dem Ende des dritten Griechenland-Programms sind alle bisherigen europäischen Anpassungsprogramme für diese Länder beendet.

Diese erhielten unterschiedlich hohe Finanzhilfen, die von einem oder mehreren europäischen Mitgliedsstaaten, vom Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gewährt wurden, sowie vom Internationalen Währungsfonds (IWF).

Auffällig ist, daß Irland und Portugal vorzeitig ihre IWF-Hilfen zurückzahlten. Spanien brauchte keine IWF-Mittel. Es nahm fast 60 % der genehmigten ESM-Hilfen i.H.v. rund 59 Mrd. EUR nicht einmal in Anspruch und zahlte fast 18 Mrd.

EUR freiwillig und vorfristig an den ESM zurück. Zypern zahlte zwar teilweise vorfristig IWF-Hilfen zurück, hat dort jedoch noch einen Restbestand an Schulden. 2030 sollen die weitaus höheren Hilfen an den ESM zurückgezahlt werden.

In dem 16 Seiten langen Dokument zu diesem Thema befassen sich allein sechs Seiten mit Griechenland, ein sichtbares Zeichen der Komplexität dieses Falles. Griechenland gelang es, die bereitgestellten Mittel des IWF für das erste Finanzhilfeprogramm zurückzuzahlen, für das zweite stehen noch Rückzahlungen in Milliardenhöhe bis 2024 aus und für das dritte Hilfsprogramm für Griechenland zeichnete nur noch der ESM. Hat der IWF die Lust an der „Rettung“ Griechenlands verloren?

Auffällig ist: die letzten Rückzahlungstermine für Griechenland an die EU sind erst 2060 fällig! Der IWF hingegen wurde umgehend zufriedengestellt. Bis auf die genannte, in vier Jahren anstehende griechische Fälligkeit und den relativ geringen zypriotischen Restbetrag wurde der IWF im Gegensatz zu EU-Fonds schnellstmöglich bedient!

Wenn wir also wissen wollen, wo unser Geld hinfließt, so ist dies ein wei-

teres Beispiel dafür, wie mit unseren Steuergeldern umgegangen wird. Denn nach dem Austritt Großbritanniens trägt Deutschland einen Anteil von 25 Prozent an sämtlichen finanziellen Lasten der EU.

Die Finanzierung des Brexits, des neuen EU-Haushalts, die Durchführung des Demokratieprinzips in der EU und die teilweise jahrzehntelange Stundung von Verbindlichkeiten an EU-Fonds – das alles gehört auf den Prüfstand!



Dr. Birgit Malsack-Winkemann ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die Fraktion der AfD – Alternative für Deutschland



Demokratie à la Thüringen

Ein Korrespondent der NZZ beschrieb das Hallo um die Thüringen-Wahl als eine weitere hysterische Bewußtseinstrübung der Deutschen.

Was war geschehen? Ein Land wählt ein Parlament, das Parlament wählt einen Ministerpräsidenten und die Kanzlerin reagiert aus dem fernen südlichen Afrika, das Ergebnis der Wahl müsse revidiert werden. Noch klarer kann sich eine Diktatur in demokratischen Pelz kaum selbst entlarven.

Thüringen wird in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen: als das erste Land, in dem ein Regieren ohne die protestierenden Ränder nicht mehr möglich war. Die Tendenz zu den Rändern wird zunehmen und das ist in der deutschen Dauerkrise auch gut so. Wie sagte der adlige Schlesier Friedrich von

Logau (1605-1655): „In Gefahr und höchster Not / bringt der Mittelweg den Tod.“

Es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, daß die Vertuscher und Vermeider aus CDU/SPD/Grünen keine Mehrheit mehr haben. Die Wahlergebnisse in Hamburg bestätigen ein nicht enden wollendes Schrumpfen der Kartellparteien, das lediglich durch den grünen Hype nicht so sehr auffällt.

Der Höhenflug der Grünen kann schnell zu einem Ikarusflug werden, wenn die realen Probleme nicht mehr zu verdrängen sind. Mit Bussen aus der Türkei abgeholte Syrer aus der untergehenden Islamistenhochburg Idlib, wie die Vorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, das fordert, könnten die Stimmung im Land zügig verändern, insbesondere wenn diese hustend und fiebrig in Deutschland ankommen.



Ganz Deutschland ist von Merkel besetzt ... Ganz Deutschland? Nein!

AW

Wahlrechtsreform oder Parlament der Tausend?

Es ist noch nicht sicher, ob eine Wahlrechtsreform vor der künftigen Bundestagswahl erfolgreich durchgeführt wird. Bisher werden die Parlamentsplätze durch eine Mischung von Direkt- und Listenkandidaten gefüllt. Das war im Dreiparteiensystem der frühen Bundesrepublik Deutschland kein Problem. Proportionsunterschiede zwischen Direktmandaten und dem generellen Verhältnis der Stimmen konnten durch Überhang- und Ausgleichsmandate ins Lot gebracht werden.

Bei einer zunehmenden und nicht mehr reversiblen Diversifizierung der deutschen Parteienlandschaft mit derzeit sechs Parteien, führt der Ausgleich zu einer Aufblähung des Parlamentes.

Der Hebel kann nur an den Direktmandaten angesetzt werden. Diese

sind zwar mit Mehrheit im Wahlbezirk gewählt, aber nur durch einfache Mehrheit. Während früher Direktmandate in der Regel mit über 50 % der Stimmen zu erreichen waren, reichen heute manchmal wenig mehr als 20 %. Ein moralischer Anspruch auf ein Mandat im Bundestag kann durch ein Fünftel der Wahlstimmen nicht begründet werden.

Die maßgeblichen Gewinner der bisherigen Regelung sind die Vertreter der ehemaligen Volksparteien, insbesondere die CDU. Im Osten profitiert mancherorts auch die Linke. Man könnte schnell die Gerechtigkeit der Verhältniswahl bei gedekelter Abgeordnetensumme einführen, in dem die Direktmandate der einzelnen Parteien nur bis zur Erreichung des Wahlverhältnisses

auf Bundesebene in den Bundestag einziehen. Die Direktkandidaten ziehen in der Reihe ihrer lokalen Wahlergebnisse ein. Denjenigen, die tatsächlich um die 50 % der Stimmen im Wahlkreis erhalten, ist auch dann ein Platz im Bundestag sicher. Ob die CDU-SPD-Linke-Interessengruppe das bis nach der Bundestagswahl 2021 verschleppen wird? Aus dem Bundestag mit derzeit 709 Sitzen könnte dann das Parlament der Tausend werden.

AW



Britisches Parlament: Zusammenrücken 2021 auch im Bundestag?

FRAGJANUR – rechts ist sexy

Vor knapp einem halben Jahr hat „FRAGJANUR“ seinen Meinungskanal auf YouTube gestartet und bringt es mittlerweile auf über 4.000 Abonnenten.

Sein pointierter Einsatz der deutschen Sprache sowie die professionelle und lockere Aufmachung offenbaren reichlich Talent in der Medienkommunikation. Seine Meinungsvideos und das



besonders sehenswerte „kleine, rechtspopulistische Kino“ bedienen sich nicht der typischen rechten Rhetorik oder AfD-Parlamentssprache, sondern durchbrechen deren Echo-kammern und dringen in die Filterblase der linksliberalen Medien ein. Formate wie dieses sind es, die dem freiheitlich-konservativen Spek-

trum noch gefehlt haben. Während „rechts“ gerne noch mit altbacken und verbohrte assoziiert wird, wirkt es auf diesem Kanal endlich so modern, wie es tatsächlich ist.

Neue unterhaltsame Beiträge sind zu erwarten – klare Empfehlung: abonnieren Sie diesen Kanal! AK

**Wie ist denn
die Nummer von der
Stasi in Deutschland?**



Jörg Thadeusz – mehr Schein als Sein

Ein Kommentar von Bernd Thomsen
Jörg Thadeusz, 1968er (ehemals Grüne, seit 1990 „unfreiwillig“ ausgeschieden), ist 20 Jahre nach mir geboren. Was uns außer dem Altersunterschied noch unterscheidet, ist unter anderem, daß er sein Studium der Geschichte und Politikwissenschaften abgebrochen, also keinerlei Berufs- bzw. Studienabschluß vorzuweisen hat. Das wiederum eint ihn mit „Persönlichkeiten“ und „Politikaufsteigern“ wie Paul Ziemniak (CDU) und Kevin Kühnert (SPD). Immerhin kann er mit den Händen zupacken, was er als Bauhilfsarbei-

ter, Müllpresser, Rettungssanitäter und Liegewagenschaffner probiert hat. Allerdings war ihm das dann doch wohl zu viel Arbeit und er wandte sich dem Laienjournalismus zu, ging zum Hörfunk und versuchte sich mehr oder weniger als Moderator und Reporter.

Seit 1999 hat er sich dem tiefroten rbb angedient, wo er inzwischen reichlich von den üppig fließenden Zwangsgebühren der Nutzer und auch Nichtnutzer abbekommen hat. Das „Erfolgsrezept“ des Jörg Thadeusz ist, so verwirrend und zusammenhanglos zu reden und zu

schreiben, daß viele, so auch ich, Schwierigkeiten haben, ihm zu folgen. Das liegt aber nicht an der geistigen Unzulänglichkeit der Leser und Hörer, sondern an der Feigheit vieler, darunter auch von „Kollegen“ und „Vorgesetzten“, Thadeusz offen zu sagen, was er ist: ein Möchtegern und Istdochnicht. Ein Pseudointellektueller.

Thadeusz hätte „gern Napoleon kennengelernt“. Das glaube ich ihm, denn er hält sich – so scheint es mir – selbst für einen Napoleon. Damit ist er nicht allein, vor allem in der politischen Arena, wo sich Berufsversager wie er in fröhlicher Runde versammeln und ihre „Weisheiten“ in die Welt tröten. Gleiches gesellt sich gern zu Gleichem. Das ist auch der Grund, weshalb eine der „Lieblingsprominenten“ des Thadeusz Claudia Roth ist (auch ohne abgeschlossenes Studium). Voller Stolz, aber immerhin, gibt er öffentlich zu, daß er „... ein schrecklicher Besserwisser, sozusagen von Beruf ...“ und daß dies „... ganz schlimm ...“ sei. Jörg Thadeusz haßt die AfD und ihre Wähler. Aus welchen Gründen auch immer. Das spricht er offen aus und schreibt es auch regelmäßig auf.



Jörg Thadeusz – Merkel-Bewunderung und Smalltalk-Talent passen im öffentlich-rechtlicher Rundfunk gut zusammen



Florian Homm – Deutsche Börsenlegende

Würde er an die USA ausgeliefert, drohten ihm 225 Jahre Gefängnis. Die Anschuldigungen gegen Florian Homm lauten unter anderem „Aktienbetrug“, die Süddeutsche Zeitung nennt ihn einen „Millionenbetrüger“. Der Großneffe Neckermanns hat an der Börse ein Milliardenvermögen verdient und schwamm förmlich in seinem Reichtum.

Könnte es sein, daß der illustre Börsenmann sein Geld zwar regelkonform, jedoch mit Geschäften, die der Polit- und Finanzelite nicht gepaßt haben, verdient hat? Ein paar Tage bevor er von den Italienern gekidnappt und in ein Auslieferungsgefängnis gesteckt wurde, rechtfertigte er seine frühere Börsenwette gegen die Bremer Vulkan in der ZDF-Fernsehsendung von Peter Hahne bei der Diskussion mit Sahra Wagenknecht damit, daß diese Firma massiven Subventionsbetrug begangen hätte – und er stellte „Schnittmengen“ mit der damals noch in der ersten Reihe stehenden LINKEN-Politikerin fest.

Nachdem dieselbe seine Befreiung

aus dem italienischen Auslieferungsgefängnis erwirkt hatte, widmete er sich verstärkt der Verbreitung von Finanzwissen im deutschsprachigen Raum, engagierte sich als Christ mit einer eigenen karitativen Organisation und gibt seither einen Börsenbrief heraus, dessen Rendite (Stand Oktober 2019) weltweit alle großen Vermögensverwalter bei weitem übertrifft.

Für Journalisten, die ihr Geld mit schlecht austarierten Meinungen verdienen müssen, sind Akteure, die konsistent Gewinne an den Börsen erwirtschaften, selbstverständlich verdächtig. Sie verstehen nichts von Wahrscheinlichkeitsrechnung, Chancen-Risiko-Verhältnissen und fürchten sich vor den Kopfschmerzen, die das Verständnis der mathematischen und psychologischen Alchemie der Finanzmärkte und Geldpolitik bei ihnen verursachen würde. Ansonsten müßten sie im gleichen Atemzug die EZB äquivalent einen Billionenbetrüger nennen. Keine Millionen, keine Milliarden, sondern Billionen!



„Jetzt arbeite ich ... nicht mehr für Mammon, sondern für Jesus und Maria, ...“

Wie kann es überhaupt legal sein, bunte mit Architekturmotiven bedruckte Papierscheine, Münzen ohne Edelmetallanteil und daran gebundenes Giralgeld als werthaltige Zahlungsmittel zu verkaufen? Gut möglich, daß das gar nicht so legal ist, wie es die europäischen Unionsbürokraten gerne hätten. AK

György Schwartz alias George Soros

George Soros, gescheiterter Philosoph und bis vor kurzem erfolgreicher Börsenmilliardär, Liebling der Menschen – nein: *Philanthrop* – hat in seinen alten Tagen Milliarden für politisches Engagement locker gemacht.

Um die Tragweite seiner finanziellen Aktivitäten zu begreifen, bedient man sich am besten einem Vergleich mit der Politik. Der US-Präsident Ronald Reagan verfolgte eine Politik, die er humorvoll mit den folgenden Worten zusammenfaßte: „I think you all know, that I’ve always felt the nine most terrifying words in the English language are: *I’m from the govern-*

ment and I’m here to help.“ – Genauso beängstigend wie Reagan die Worte „*Ich bin von der Regierung und ich bin hier, um zu helfen*“ fand, sollten die Worte *Ich bin ein Investor und ich liebe Menschen* –, kurz: *und ich bin ein Philanthrop* in Ihren Ohren klingen, besonders wenn sie aus dem Munde von George Soros stammen und noch mehr, wenn Sie berechtigterweise annehmen, daß er sie an Sie gerichtet hat.

Denn er gilt als einer der Drahtzieher der europäischen Migrationskrise, die er mithilfe seiner Open Society Foundations vorangetrieben

und durchgesetzt hat. Diese Stiftung ist mittlerweile in Berlin ansässig, nachdem die Ungarn sie wegen ihrer politischen Umtriebe aus dem Land geworfen hat. AK



George Soros: Mit seinen letzten Börsenwetten eher erfolglos

Leseempfehlung – Stefan Keller: Schabowskis Zettel

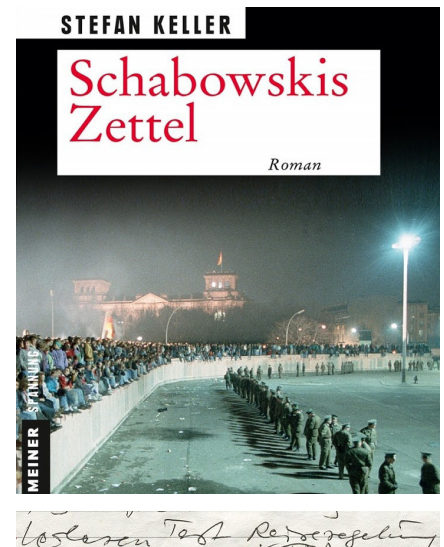
Wer von dem Hype zum 30. Jahrestag des Mauerfalls noch nicht genug hat, der ist mit diesem Roman gut beraten. Zunächst liefert er eine einfache, plausibel klingende Variante, wie es zu Günter Schabowskis Fehlleistung auf seiner berühmten Pressekonferenz am 9. November 1989 kam.

Dahinter steht die eher konventionell erzählte Liebesgeschichte zwischen dem anfangs noch linientreuen Volkspolizisten Juri und der Bürgerrechtlerin Nadja. Beide vereiteln am Rande der großen Demonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 eine Provokation des „tiefen Staates“ in der DDR – seien es MfS, NVA-Kommandotruppen oder der Militärnachrichtendienst der NVA –, die die Demonstration

in einem Blutbad hätte enden lassen sollen. Ein Fotograf aus Nadjas Bürgerrechtsgruppe, der hierbei Fotos gemacht hat, verschwindet kurz darauf und wird ermordet. Auch Nadja schwebt nun in höchster Lebensgefahr und wird zudem als angebliche Mörderin des mit ihr befreundeten Fotografen gesucht. Es gibt nur einen Weg, Nadja in Sicherheit zu bringen: Sie muß die DDR verlassen. Aber wie kann ein einfacher Volkspolizist ihr dabei helfen?

Am Ende tanzt das befreite Paar in der Nacht der Nächte auf der Straße des 17. Juni Sekt trinkend durch den Tiergarten. Herbert Hermann

Stefan Keller „Schabowskis Zettel“
Gmeiner Verlag, 2019, 280 S., 12,- €
ISBN 978-3-8392-2395-6



„Verlesen Text Reiseregulung“ steht auf dem Notizzettel Günter Schabowskis für die Pressekonferenz, die zur sofortigen Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9.11.1989 geführt hat

Energiesparen und Umweltschutz mit Hans-Werner Sinn

Ganz gleich, ob der Anteil von CO₂ tatsächlich den Treibhauseffekt wesentlich verstärkt oder nicht – es kann nicht schaden, eine ausufernde Nutzung karboner Brennstoffe zu kontingentieren. Möglichst weltweit. Als Alternative sind Wind- und Sonnenkraft vollkommen nutzlos. Kein einziges konventionelles Kraftwerk kann abgeschaltet werden, da die Volatilität der zur Verfügung stehenden Energiemenge auf absehbare Zeit nicht durch großtechnische Speicherung möglich sein wird. Das wußte man schon vor Einführung des EEG. Die Politik hat bislang dem deutschen Volk vor allem eins gebracht: höhere Preise.

Die einzige realistische Alternative zu fossilen Brennstoffen ist die Kernenergie, die von fast allen Ländern vorangetrieben wird. Lediglich Belgien, Spanien und Deutschland glauben, darauf verzichten zu können.

Das Umweltbundesamt schlägt vor, CO₂ durch ein Tempolimit einzusparen. Bis zu 15 % könnten so eingespart werden, orakelt die Behörde. Dabei geht man davon aus, daß der in Deutschland nicht verbrauchte Kraftstoff nicht verbrannt wird. Ist das realistisch?

Hans-Werner Sinn erläutert in seinen Münchener Vorlesungen dazu das Leakage-Phänomen: Wenn ein Abnehmer für den Rohstoff ausfällt, wird der Preis auf dem Weltmarkt fallen, und das wird andere dazu bringen, mehr zu verbrauchen. Kein Barrel Öl wird durch deutsche Einsparmaßnahmen weniger verbraucht werden. Für unser Tempolimit können dann in Amerika nur noch größere SUV gefahren werden. Gleiches gilt für die EU-Verordnung für die Flottenverbräuche. Auch hier wird mit einer Absenkung des CO₂-Ausstoßes argumentiert, die nicht stattfinden wird.

Im Gegenteil wird der CO₂-Ausstoß in der EU erhöht werden, da die angepeilten strombetriebenen Fahrzeuge in der Produktion mehr CO₂-Ausstoß bedeuten, den sogenannten CO₂-Rucksack, und Produktion und Betrieb nicht CO₂-neutral erfolgen können, da der Strommix nur etwa zu einem Viertel aus „erneuerbaren“ Energien stammt. Sinn spricht in diesem Zusammenhang von einer Schummelverordnung.

Für den Verbraucher kommt im wesentlichen zweierlei heraus. Ewig auf Reserve fahrende Elektrokarren und höhere Preise für die Fortbewegung. Ein Grund mehr, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu überdenken. AW

Impressum

Adresse: Andreas Wild Mda
Jungfernstieg 4 b
12207 Berlin
Telefon: 030-209677555
Email: wild@wild-agh.de

